



**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Kreisverband Rhein-Sieg**

**Beschluss der KMV 29.09.2017 nach dem Ausgang der Bundestagswahl  
zur Übermittlung an den BuVo, Landesvorstand und Bezirksvorstand sowie die NRW-MdB**

**I.**

Die KMV bedankt sich bei Lisa und Martin für Ihren Einsatz und stellt fest, dass die Ergebnisse im RSK ohne diesen Einsatz nicht möglich gewesen wären.

**II.**

1. Die KMV kritisiert das Verhalten der Bundes-SPD, jegliche Koalitionsgespräche mit der CDU auszuschließen.
2. Angesichts des Verhaltens der Bundes-SPD ist es richtig, dass die GRÜNEN auf Bundesebene nun aus staatspolitischer Verantwortung ernsthafte Sondierungen eines „Jamaika“-Bündnisses vornehmen. Für solche Sondierungen gilt aber gerade angesichts der Erfahrungen unserer Partei in Koalitionen mit der SPD sowie den Erfahrungen der Koalitionspartnern von CDU/CSU unter Kanzlerin Merkel und für den Fall einer Koalition mit CDU, CSU, und FDP umso mehr:
  - a. Eine sehr klare GRÜNE Handschrift muss deutlich sichtbar sein.
  - b. Im Falle eines „Jamaika“-Bündnisses besteht die Opposition u.a. aus SPD und Linken. Deswegen muss es neben unverzichtbaren Erfolgen im Bereich des Klimaschutzes, der Erneuerbaren Energien, im Verkehrsbereich und im Bereich der Landwirtschaft auch solche klar sichtbare Erfolge im Sozialbereich geben, an denen die SPD in der GroKo gescheitert ist.
  - c. Auch zu den langjährigen Streitthemen im Rhein-Sieg-Kreis müssen tragfähige Vereinbarungen geschlossen werden.

**III.**

Aus Sicht der GRÜNEN im Rhein-Sieg-Kreis muss sich also in den Sondierungen zeigen, dass

1. im Bereich des Klimaschutzes, der Erneuerbaren Energien, im Verkehrsbereich und im Bereich der Landwirtschaft eine Politik aus einem Guss durch GRÜNE verantwortet werden kann, damit sichergestellt ist, dass sich deutliche Erfolge vor Ablauf der Legislaturperiode erkennen lassen und nicht durch die Politik aus anderen Ressorts blockiert werden können.

2. im Sozialbereich die Einführung einer Bürgerversicherung gelingt und Maßnahmen getroffen werden, durch die der Anstieg der Altersarmut gestoppt und ein weiteres Absinken des allgemeinen Rentenniveaus verhindert wird.
3. Maßnahmen zur nachhaltigen Bekämpfung von Fluchtursachen – insbesondere fairer Welthandel, weniger Waffenexporte und partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit – konkret vereinbart werden können.

Außerdem weist die KMV darauf hin, dass die mehrfach vom Land NRW beantragte Einführung eines Passagiernachtflugverbotes am Flughafen Köln/Bonn spätestens zum Sommerflugplan 2019 sichergestellt werden muss und es keinerlei Finanzierung zu Planung und Bau des Ennertaufstieges geben darf.